

Angst vor der finanziellen Katastrophe

Bei der Haushaltsdebatte in Höxter ist viel von Kopfzerbrechen und Bauchschmerzen die Rede. Denn die Ratspolitiker wissen bereits, dass das bittere Ende für die Bürger erst noch kommt.

David Schellenberg

■ **Höxter.** Nicht nur beim Blick auf den Rekordschuldenberg und das 7,2-Millionen-Euro-Loch im Haushalt scheinen viele Ratspolitiker in Höxter große Kopf- und Bauchschmerzen zu bekommen. Das sehr reale Gespenst der Haushaltssicherung, das in Höxter umgeht, wurde in den Reden ebenso beschworen wie die Sorge vor der inzwischen wohl unumgänglichen massiven Steuererhöhung für das Jahr 2023. Dennoch stimmte eine große Mehrheit dem Entwurf schließlich zu, in der Hoffnung, dass es die Stadt nicht so schlimm treffen werde, wie befürchtet. Dabei sprachen die Fraktions-Chefs so viele wichtige offene, noch nicht bearbeitete Themen und Baustellen an, das auch beim geneigten Zuhörer Beklemmung in der Magenruhr breit machen konnte. Und ein Arzt mit einer dicken Millionen-Finanzspritze ist nicht in Sicht. Stattdessen gibt es weitere „bittere Pillen“ für die Bürger, die ihre Wirkung eigentlich erst im kommenden Jahr entfalten.

Schreckensszenarien und Durchhalteparolen

Von einem „Haushalt der traurigen Rekorde“, bei dem mit mehreren Tricks gearbeitet worden sei, sprach die BfH. Und von „einer unverantwortlichen Achterbahnfahrt der Finanzen“, die BfH-Fraktionschef Ralf Dohmann mit einer rasanten Abfolge von Zahlen zu belegen versuchte. Auch Günter Ludwig von der CDU bekannte, der Haushalt 2022 sei spitz auf Kante genäht. „Er ist zusammengestellt unter dem bedingungslosen Diktat: ‚Nur nicht in 22 in die Sicherung rutschen‘. Das wäre in der Tat eine Katastrophe“, so der Unions-Fraktionschef. Schulden würden den Nachfahren aufgebürdet. Als „nicht rosig“, beschrieben auch SPD und FDP die Lage. Zugleich mahnte Sozialdemokrat Günter Wittmann davor, jetzt zu verzagen. „Das wäre die völlig falsche Reaktion und würde nicht helfen. Und wir wissen noch gar nicht, was uns angesichts der weltpolitischen Lage noch alles bevorsteht.“ Er mahnte, dass es bei Fehlentwicklungen ein Gegensteuern und Umdenken geben müsse. „Denkverbote darf es nicht geben.“

Steuererhöhung: Angst vor der Wahrheit

Ein wichtiges Thema in fast allen Reden war die schon jetzt für 2023 vorgesehene massive Steuererhöhung sowohl für Hauseigentümer als auch Unternehmen. Die sollte eigentlich schon in diesem Jahr kommen, wurde mit Mehrheit von SPD und CDU aber ausgesetzt beziehungsweise verschoben. Ein Thema, das den 17 Ratsmitgliedern der CDU besonders zu schaffen macht und weshalb ihnen die Zustimmung „nicht unerhebliche Kopfschmerzen bereitet.“ Einen teuren Standort noch teurer zu machen sei nicht zielführend und erhöhe die Steuereinnahmen mittelfristig nicht unbedingt. „Aber auch die Grundsteuer B im nächsten Jahr um 80 Basispunkte auf 590 zu erhöhen ist ein großer Schluck aus der Pulle und für uns schwer vorstellbar“, bekannte Ludwig. Weder sei diese Erhöhung ein Anreiz für Firmen, sich in Höxter nieder zu lassen, noch dürfe sie sich motivierend auf Zuzugswillige auswirken. BfH-Ratsherr Dohmann kritisierte



Schon jetzt ist klar, dass die Grundsteuer für Eigenheimbesitzer im kommenden Jahr deutlich steigen soll. Das könne Höxter für Häuslebauer uninteressanter machen, fürchtet die CDU.

Foto: Pixabay

Eindringlicher Appell zum Horrorhaus in Bosseborn

■ CDU-Fraktions-Chef Günter Ludwig nutzte in seiner Funktion als Vorsitzender des Ortsausschusses Bosseborn seine Rede auch für einen eindringlichen Appell zum Horrorhaus seines Ortes. Einen Begriff, den er bewusst selbst nicht in den Mund nahm. Er warf Bürgermeister Daniel Hartmann vor, den Ankauf und Abriss des Hauses von Beginn an nur sehr halbherzig verfolgt zu haben. „Wir können uns noch so ins Zeug legen und versuchen, das Image unserer Stadt aufzupolieren. So lan-

ge in der weltweit bekanntesten Suchmaschine bei Eingabe des Begriffs ‚Höxter‘ noch ganz oben der mittlerweile schon eingetragte Name dieses Hauses auftaucht, ist das einfach nur traurig und Höxter erscheint in keinem guten Licht“, so Ludwig. Seit drei Jahren wünschten sich die Bosseborner, das Haus möge aus ihrem Ortsbild verschwinden. Als Vorsitzender des Ortsausschusses könne er es niemanden mehr vermitteln, dass die Branche noch steht und damit dem Sensationstouris-

mus weiter Tür und Tor geöffnet sei, „ja geradezu dieser Tourismus weiter eingeladen wird“. Die Vereinigung Bosseborn habe auf ein Schreiben an den Bürgermeister keine Antwort erhalten. Er hätte sich sehr gewünscht, dass sich in dem 60-Millionen-Euro-Etat auch eine kleine Position zum Ankauf und Abriss des Hauses gefunden hätte.

◆ Unterdessen geht die Diskussion um die Sicherungsverwahrung von Wilfried W. weiter.

➤ *Weser und Rhein*

die aufgeschobene Steuererhöhung als nicht konsequent und nicht ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Den Bürgern werde in diesem Jahr eine Entlastung vorgegaukelt, die drastische Belastung folge. FDP-Fraktionschef sprach von einer bitteren Pille, die die Gefahr der Abwanderung birgt, aber unvermeidbar sei. UWG-Fraktionschef Georg Heiseke war der Ansicht, dass die Steuererhöhung auf den Einzelbürger gerechnet moderat sei und auch die Betriebe eine Anhebung der

Gewerbsteuer verkraften könnten, da diese auf den Gewinn fällig werde – finanziell geschwächte Firmen also gar nicht treffe.

Mangel an Baugebieten und Schul-Debatte

Während Christ- und Freidemokraten auf den Mangel an Baugebieten aufmerksam machten und nochmals für die schnelle Umsetzung ihres Antrages, im Gebiet „Am Flor“ ein neues Quartier zu schaffen, warben, sprach SPD-Politiker Wittmann ein besonders hei-

ßes Eisen an: die Situation in den weiterführenden Schulen in Höxter. Er wolle keine neue Schul-Debatte führen, aber: „Kopfzerbrechen und Bauchschmerzen bereitet uns die Situation an der Real- und der Sekundarschule.“ Spannungen, Reibungen und Interessenskonflikte dürften nicht verschwiegen werden. Deshalb regte die SPD einen extern moderierten Prozess an, der die Aufgabe haben soll, diese Konflikte dauerhaft zu lösen. Denn „Die Sekundarschule kann der ihr zugeordneten Rolle derzeit

nicht gerecht werden. Das muss man nüchtern so feststellen.“ Zugleich zogen die Sozialdemokraten schon mal rote Linien. „Ein zurück in die 70er oder 80er Jahre mit einem dreigliedrigen Schulsystem oder einem Hauptschulzweig an der Realschule wird es mit uns nicht geben.“

Eine Frage der Einstellung

Fast 20 neue Stellen im Rathaus werden mit dem neuen Haushalt geschaffen – ein weiteres Thema, das die Ratspolitiker umtrieb. Vielfach gab es aber Verständnis für den vorgelegten Stellenplan. Vor allem die Bürger für Höxter aber lehnten den vorgelegten Entwurf wortreich ab, erinnerten an die Umstrukturierung der Verwaltung, die Abschaffung einer Verwaltungsebene und die Digitalisierung, die Arbeitsabläufe optimieren und Aufwände reduzieren sollte. „Trotz dieser Maßnahmen sind die Personalaufwendungen stetig angestiegen, aber jetzt schlägt es dem Fass den Boden raus“, rief Dohmann der Verwaltung zu und warf insbesondere der Dezernatsleitung vor, als „Flaschenhals“ für Verzögerung und Unmut zu sorgen. Die UWG bezweifelte, dass die auf kurze Frist angelegten Stellen nicht so schnell wieder verschwinden und die künftigen Haushalte immer mehr belasten.

Eine Mahnung zum Schluss

Die Grünen gingen auf die aktuelle Situation so gut wie gar nicht ein („wir sehen viele positive Weichenstellungen für die Zukunft und Unterstützung für unsere Anliegen“), sondern widmeten sich vor allem den Zukunftsfragen. Sie forderten einen Klimamanager und eine deutliche Fokussierung auf Erneuerbare Energien und den Radverkehr. Punkte, die auch Günter Wittmann von der SPD hervorhob. „In den vergangenen Jahren hat die Politik in Höxter mehrheitlich den Zuwachs bei der Windenergie verhindert. Das darf so nicht weitergehen“, mahnte Grünen-Sprecher Ludger Roters.

◆ Die AfD hat bis Redaktionsschluss keine Haushaltsrede zur Verfügung gestellt.



Günther Ludwig, CDU.

Foto: Daniel Winkler



Günter Wittmann, SPD.

Foto: Privat



Ralf Dohmann, BfH.

Foto: Privat



Martin Hillebrand, FDP.

Foto: Carmen Pfortner



Georg Heiseke, UWG.

Foto: Privat



Ludger Roters, Grüne.

Foto: Privat